

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sozialgipfel jetzt – damit die Energiekrise nicht zur Sozialkrise wird

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Es war und ist sinnvoll, Russland aufgrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine mit scharfen Sanktionen zu belegen. Die russische Reaktion auf diese Sanktionen und die jahrelange verfehlte Energiepolitik in Bund und Land führen zu einem dramatischen Anstieg der Energiepreise und der Lebenshaltungskosten insgesamt. Für viele Menschen sind diese Kostensteigerungen nur noch schwer oder gar nicht mehr tragbar.
2. Mit passgenauen und schnell zugänglichen Maßnahmen die größten sozialen Härten abzufedern hat einen maßgeblichen Anteil an der Gewährleistung des sozialen Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Mecklenburg-Vorpommern und bundesweit. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung politischer Akteurinnen/Akteure auf allen Ebenen: Bund, Land und der kommunalen Ebene. Dabei müssen die geplanten Entlastungsmaßnahmen auf Bundesebene durch landesspezifische Maßnahmen ergänzt werden.
3. Der von der Landesregierung angekündigte Härtefallfonds ist zu begrüßen, denn er kann zur Bewältigung der Herausforderungen einen wichtigen Baustein darstellen. Absehbar ist allerdings, dass die genannten 30 Millionen Euro nicht ansatzweise ausreichen werden. Es braucht zudem eine konkrete inhaltliche Ausgestaltung des Härtefallfonds, die sich an den Bedarfen im Land orientiert.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend einen Sozialgipfel einzuberufen, um mit den relevanten Akteurinnen/Akteuren des Sozialwesens die dringendsten sozialen Handlungsbedarfe für die kommenden Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern zu ermitteln und konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
2. im Rahmen des Sozialgipfels passgenaue und unbürokratische Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, die – über Grundsicherung und Entlastungspakete des Bundes hinaus – auf Landesebene mithelfen, soziale Härten abzufedern. Im besonderen Fokus stehen hierbei schnelle Soforthilfen für einkommensschwache Haushalte.
3. auf der Grundlage der Ergebnisse des Sozialgipfels die Finanzmittel des Härtefallfonds den ermittelten Bedarfen anzupassen und die genaue Ausgestaltung des Fonds sowie die Bedingungen der Inanspruchnahme zu konkretisieren.
4. die vorhandenen sozialen Beratungsstrukturen im Land zu stärken. Insbesondere die Bereiche Schuldnerinnenberatung/Schuldnerberatung, Mieterinnenschutz/Mieterschutz sowie Energiesparberatung müssen auskömmlich finanziert und breit aufgestellt sein. Entsprechende Informationen über Beratungs- und Hilfsangebote müssen auf vielfältigen Kanälen allen Hilfesuchenden niederschwellig zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Harald Terpe und Fraktion**Begründung:**

Der russische Angriffskrieg bedeutet eine tiefe Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Europas. Die Folgen des Krieges, der berechtigten Sanktionen und der jahrelangen verfehlten Energiepolitik sind auch für die Bevölkerung und für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zu spüren.

Die enormen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und vor allem auch bei den Energiekosten stellen für viele Menschen im Land eine große Herausforderung dar. Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen beziehungsweise mit unteren und auch mittleren Einkommen können diese Herausforderungen ohne staatliche Hilfe nicht aus eigener finanzieller Kraft lösen. Auch diejenigen, die ohnehin als Empfängerinnen/Empfänger von Transferleistungen schon vor der Energiekrise mit sehr wenig auskommen mussten, werden unter immer höheren existenziellen Druck kommen.

Es ist zum einen Aufgabe der Bundesregierung, die Regelsätze für Transferleistungen auskömmlich zu finanzieren und Menschen in sozialen Notlagen darüber hinaus mit umfangreichen weiteren Entlastungspaketen zu helfen. Zum anderen ist die Landesregierung jetzt dringend gefordert, ihren Teil für den sozialen Zusammenhalt und Frieden in Mecklenburg-Vorpommern beizutragen und die bevorstehenden sozialen Härten möglichst breit und effektiv abzufedern.

Hierfür muss nach den wenig konkreten Ergebnissen des Energiegipfels vom 22. August 2022 in einem weiteren Schritt die Expertise aller Akteurinnen/Akteure im sozialen Bereich bei einem Sozialgipfel an einen Tisch gebracht werden. Hierzu zählen unter anderem die Kommunen, die Sozialverbände, die Tafeln, die Gewerkschaften, die Verbraucherzentralen und alle weiteren Stellen, die sich mit Menschen in sozialen Notlagen befassen und die Sorgen und Nöte aus ihrer täglichen Arbeit kennen.

Die auf dem Sozialgipfel herausgearbeiteten Bedarfe und Maßnahmen inklusive entsprechender barrierearmer Kriterien zum Erhalt schneller finanzieller Hilfen müssen schnellstmöglich in einer Konkretisierung und deutlichen Erweiterung des von der Landesregierung vorgeschlagenen Härtefallfonds münden. Dass die von der Landesregierung bisher veranschlagten 30 Millionen Euro viel zu niedrig angesetzt sind, zeigt auch die jüngste Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), einen Härtefallfonds von 100 Millionen Euro einzurichten (<https://nord.dgb.de/presse/++co++e3ddd8a6-1fa1-11ed-8722-001a4a160123>).

Eine breit aufgestellte soziale Beratungslandschaft bedeutet ein Sicherheitsnetz erster Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner für Menschen in prekären Situationen und Notlagen. Die Stärkung der Beratungs- und Hilfsangebote im Land muss daher bei der Bewältigung der Energiekrise priorisiert angegangen werden.